

Neuner wird CEO bei ÖKK



Der Verwaltungsrat der ÖKK hat Simon Neuner (Bild) zum neuen CEO ernannt. Wie die Kranken- und Unfallversicherung in

einer Mitteilung schreibt, wird der 47-Jährige die Stelle am 1. März 2023 antreten. Der neue CEO sei vom Verwaltungsrat nach einem umfassenden Rekrutierungsverfahren gewählt worden, heisst es. «Wir sind überzeugt, dass Simon Neuner als unternehmerisch denkende Persönlichkeit die sehr erfolgreiche Arbeit von Stefan Schena fortsetzen und das Unternehmen entlang der Strategie 2025 weiterentwickeln wird», lässt sich Verwaltungsratspräsident Marcel Friberg in der Mitteilung zitieren. Neuner war zuletzt Mitglied des Managementteams bei der Krankenkasse Helsana gewesen. Als CEO der ÖKK tritt er die Nachfolge von Stefan Schena an. Dieser hielt dem Unternehmen laut Mitteilung über 30 Jahre die Treue. Unter seiner Führung habe sich die Versicherung von rund 30 Mitarbeitenden auf über 470 Mitarbeitende vergrössert. (red)

Polizeigesetz nicht zu Ende beraten

«Genehmigung des Polizeigesetzes» – das wäre laut Traktandenliste an der Sitzung des Gemeindeparlaments Trun vom Dienstagabend vorgesehen gewesen. Mit der Beschlussfassung dauert es aber noch einen Moment: Die Beratung der Vorlage wurde nach längerer Eintretensdebatte, Diskussionen und Änderungsanträgen vorzeitig unterbrochen. Für die vom Rat angesetzte zweite Lesung sollen Änderungsvorschläge nun vorgängig schriftlich eingereicht werden, wie aus einer Mitteilung der Gemeinde hervorgeht. Ziel des Gesetzes ist es unter anderem, Feuerwerke am Nationalfeiertag und an Silvester im Interesse des Tierschutzes und zwecks Minimierung der Brandgefahr zu verbieten. Ausserdem sollen an den allgemeinen und lokalen Feiertagen – zu Letzteren gehören der Josefstag, Fronleichnam, Mariä Himmelfahrt und Allerheiligen – alle Arbeiten verboten werden.

Genehmigt wurde vom Gemeinderat die kommunale Rechnung 2021, die mit einem Einnahmenüberschuss von rund 729 000 Franken und Nettoinvestitionen von 1,43 Millionen Franken abschliesst. (jfp)

INSERAT

NEUE ROLF BENZ Gartenkollektion

delta
MÖBEL KÜCHEN HAUSHALT

delta-moebel.ch, Tel. +41 (0)81 772 22 11

Der Patentjägerverband befragt nun die Basis

Die Jägerschaft kann sich in Bälde darüber äussern, was sich bei der Jagd ändern soll. Zudem werden weitere Interessengruppen befragt. Das sagte Regierungsrat Mario Cavigelli im Rat auf einen entsprechenden Vorstoss.

von Ursina Straub

Der Juniausgabe der Verbandszeitschrift «Bündner Jäger und Bündner Fischer» wird ein mehrseitiger Fragebogen beiliegen. Rund 60 Fragen umfasst das Formular. Die Jägerschaft kann sich mit dem Fragebogen ausführlich dazu äussern, wo die Jagd ihrer Meinung nach momentan steht und in welchen Bereichen es Neuerungen bräuchte. «Man soll alles sagen können», erklärte Regierungsrat Mario Cavigelli am Mittwoch im Grossen Rat bei der Debatte zum Fraktionsauftrag der SVP zur künftigen Jagdplanung. Erstunterzeichner Benjamin Hefti (Fünf Dörfer) hatte sich nämlich nicht befriedigt gezeigt von der Antwort der Regierung auf den SVP-Vorstoss. Deshalb wurde diskutiert.

Er habe mehr erwartet von der regierungsrätlichen Antwort, unterstrich Hefti im Ratsaal. Beispielsweise auf die Frage im Vorstoss, wie die längerfristige Jagdplanung aussehe. Als Antwort erhoffte er sich etwa, dass die Wildasyle attraktiver gestaltet würden oder dass moderne Hilfsmittel erlaubt werden, damit die Herbstjagd attraktiver wird. «Ich wünsche der Regierung den nötigen Mut, die Jagdplanung anzupassen, bevor die nächste Jagdinitiative lanciert wird», sagte Hefti.

Dauerthema beim Kanton

Die Thematik beschäftige die Regierung sehr wohl und sei auch beim kantonalen Amt für Jagd und Fischerei ein Dauerthema, hielt der zuständige Regierungsrat Cavigelli dagegen. Auch weil sich die Rahmenbedingungen für die Jagd – etwa wegen der Klimaänderung – stark änderten.

«Die Diskussion wird auch unter Jägerinnen und Jägern intensiv geführt», so Cavigelli. Deshalb werde nun eben in einem ersten Schritt die Jägerschaft durch den Patentjägerverband befragt.



Hofft auf Neuerungen: Grossrat Benjamin Hefti, Erstunterzeichner des SVP-Vorstosses zur zukünftigen Jagdplanung, diskutiert im Ratsaal mit einer Kollegin.

Bild Livia Mauerhofer

In einem zweiten Schritt setzt sich der Kanton mit weiteren Interessengruppen zusammen, etwa Waldeigentümern. Geplant ist laut Cavigelli, dass das kantonale Amt für Jagd und Fi-

scherei bis im Herbst mit allen Interessengruppen gesprochen haben wird. Danach werden regionale Gespräche stattfinden.

Wald-Wild-Berichte folgen

Zudem sind laut Cavigelli weitere Wald-Wild-Berichte in Arbeit. Mit diesen wird das Zusammenspiel von Wald und Wild regional beurteilt. Zudem werden Massnahmen definiert für jene Regionen, wo Probleme entstehen, etwa dort, wo das Wild den Wald zu stark verbeisst.

Erschienen ist etwa im vergangenen Sommer der Wald-Wild-Bericht Herrschaft/Prättigau. Es ist ein überarbeiteter Bericht, im Jahr 2006 wur-

de der erste publiziert. Ein Fazit des aktuellen Berichtes lautet etwa, dass die Wildschäden im Wald insgesamt gross sind und in den vergangenen Jahren zugenommen haben (Ausgabe vom 3. Juli 2021).

Die Jagdbetriebsvorschriften für diesen Herbst würden deshalb noch keine markanten Änderungen erfahren, erläuterte Cavigelli. «Weil wir zunächst eben die besagten Befragungen durchführen werden.» Nach dieser Auslegeordnung – wenn also sämtliche Daten und Antworten beisammen sind – wird das Jagdamt sodann zu gegebener Zeit mitteilen, wo die Jagdplanung gegebenenfalls angepasst wird.

«Ich wünsche der Regierung den nötigen Mut, die Jagdplanung anzupassen.»

Benjamin Hefti
SVP-Grossrat (Fünf Dörfer)

Die Aufklärung wird etwas umfassender

Der Sexualkundeunterricht an Schulen wird neu – zumindest ein bisschen. Die Grossratsmitglieder haben nämlich einen Auftrag aus dem Mädchenparlament überwiesen, allerdings mit einigen Änderungen.

von Ursina Straub

Die Aufklärung an Schulen soll obligatorisch ab dem Kindergarten erfolgen und alle Aspekte von Gender und sexueller Orientierung umfassen. Diese Forderung überreichten die 67 Teilnehmerinnen des 4. Mädchenparlaments im Oberstufenalter im vergangenen November als Petition mit dem Titel «Aufklärung 2.0» der Regierung. Zudem verlangten sie, dass die Aufklärung alle Geschlechter und alle Formen von sexueller Orientierung umfassen soll, und auch, dass externe Fachpersonen für den Unterricht beigezogen werden sollen.

Mitte-Grossrat Ursin Widmer (Trins) hat diese Forderungen aus dem Mädchenparlament mit einem Auftrag aufgegriffen, 37 Ratsmitglieder haben ihn unterzeichnet. Diesen Vorstoss hat der Grosse Rat nun am Mittwoch diskutiert. Denn die Präsidentenkonferenz des Grossen Rates hatte beschlossen, die Petitionen aus

dem Mädchenparlament – und somit dem Auftrag Widmer – zunächst im Grossen Rat zu behandeln. Dieser hat den Auftrag mit 103:1 Stimme bei zwei Enthaltungen an die Regierung

überwiesen – allerdings in abgeänderter Form. Die Regierung hat nämlich dem Rat beantragt, einige Punkte im Vorstoss anzupassen. Dem ist der Rat gefolgt.



Hat Anliegen aus dem Mädchenparlament in den Rat getragen: Der Trinser Mitte-Grossrat Ursin Widmer.

Bild Livia Mauerhofer

So hätte der ursprüngliche Vorstoss etwa verlangt, den Aufklärungsunterricht in der Volksschule ab der ersten Primarklasse zu forcieren und Schulleitungen sowie Lehrpersonen dazu zu verpflichten, Thementage zu Sexualkunde anzubieten. Im abgeänderten Vorschlag heisst es hingegen, die Schulträgerschaften seien für das Thema Aufklärung zu sensibilisieren und dass sie Thementage zur Sexualaufklärung anbieten könnten. Und dort, wo der Originalauftrag eine jährliche Weiterbildung für die zuständigen Lehrpersonen verpflichtend anbieten wollte, schlägt die Regierung vor, dass eine schulinterne Weiterbildung abgerufen werden kann.

Die Trinser SP-Grossrätin Julia Müller bemängelte deshalb, der abgeänderte Auftrag enthalte viele Kann- und Soll-Formulierungen: «Er ist nahe am Istzustand und weit weg von den Forderungen des Mädchenparlaments.» Gleichwohl hiess der Rat die abgeänderte Version gut.